



Wöchentliches Annoncenblatt. In Breslau 5 Mark, Wochen-Annoncen 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 64. Mittags-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 7. Februar 1878.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

#### 61. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 6. Febr.).

10 Uhr. Am Ministertische: Justizminister Dr. Leonhardt.  
Das Haus setzt die Beratung über das Ausführungsgesetz zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz fort.  
Die §§ 43—48, welche gemeinsam zur Discussion gestellt werden, enthalten Bestimmungen darüber, daß das Oberlandesgericht Berlin für das Reichsgericht die „weiteren Beschwerden“ in den Sachen der Amtsgerichte zu erledigen soll und Vorschriften über die Einlegung dieses Rechtsmittels. Der Abg. Windthorst (Bielefeld) verlangt die gänzliche Streichung aller dieser Bestimmungen. Abg. Petri beantragt dagegen, diese Zuständigkeit jedem Oberlandesgericht für seinen Bezirk zu ertheilen. Wenn aber die Rechtsnorm, auf deren Verletzung die Beschwerde sich stützt, im Bezirke des Oberlandesgerichts Berlin Geltung hat, so soll dieses ausschließlich zuständig sein.

Abg. Windthorst (Bielefeld) befürchtet, daß die übrigen Oberlandesgerichte degradirt werden, wenn man dem Berliner Oberlandesgericht die Zuständigkeit über alle Beschwerden in nichtstreitigen Rechtsfällen (Vormundschafts- und Grundbuchsachen etc.) überweise. Besser sei es schon, man überweise diese Sachen dem Reichsgericht, da sonst leicht das Mißtrauen gegen den Reichsgerichtshof, sondern nur eine Behörde, welche alle Beschwerden in nichtstreitigen Sachen entscheidet.

Regierungskommissar Geh. Justizrath Schmidt constatirt zunächst, daß die verlangte dritte Instanz nichts Neues sei, weil bis zum Jahre 1849 der Justizminister in diesen Sachen die oberste Instanz gewesen. Im Interesse der Weisheit sei es aber notwendig, jetzt eine besondere Behörde einzusetzen. Beträue man auch das Berliner Oberlandesgericht mit diesen Sachen, so werde er doch dem Reichsgericht subordinirt bleiben. Man wolle keinen besonderen Gerichtshof, sondern nur eine Behörde, welche alle Beschwerden in nichtstreitigen Sachen entscheidet.

Abg. Thilo: Alle praktischen Juristen stimmten darin überein, daß betreffs dieser Beschwerdeinstanz der Rechtsunsicherheit ein Ende gemacht werden müsse, und sei es dabei vollständig gleichgültig, welches Oberlandesgericht mit der Entscheidung dieser Beschwerden betraut werde. Der jetzige Zeitpunkt sei unumkehrbar zur Regelung der Sache geeignet, als die neue Vormundschafts- und Grundbuchordnung vielfach Anlaß zu Streitigkeiten gebe. Die Vertheilung auf's Reichsgericht sei unangenehm, weil dasselbe bis jetzt in nichtstreitigen Rechtsfällen incompetent sei.

Abg. Dr. Petri ist gegen die geforderte dritte Instanz, weil man die Rechtsprechung nicht loslösen dürfe von dem Geltungsbereich der Gesetze, welche man nicht die Gründlichkeit und Sicherheit der Rechtsentscheidungen gefährden.

Referent Abg. Löwenstein bemerkt, daß zur Einführung des Rechtsmittels der „weiteren Beschwerde“ lediglich das praktische Bedürfnis maßgebend gewesen sei; der Proceßweg könne in dieser Beziehung nicht eingeschlagen werden, da das preussische Recht eine Klage gegen Gerichte nicht kenne. Den entstandenen Mißständen habe am besten durch Schaffung einer obersten Instanz Abhilfe geschafft werden können, daß das Berliner Oberlandesgericht durch den Verkehr mit Hofstreifen sich in seinen Entscheidungen in Handels- oder Grundbuchsachen beeinflussen lassen würde, sei überhaupt nicht anzunehmen. Der Antrag Petri lege die Entscheidung darüber, welches Oberlandesgericht in einer bestimmten Sache competent sei, lediglich in die Hände des Antragstellers; deshalb habe diesem Antrag nicht Folge geleistet werden können.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt, die Bestimmung, wonach die weitere Beschwerde von einem Rechtsanwalt unterzeichnet sein und die Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm enthalten müsse, zu streichen, da ein solcher Anwaltszwang nicht erforderlich sei, unnötige Kosten verursache und den Privaten die Freiheit gegeben werden müsse, selbst ihre Anträge nach ihrem Belieben zu stellen.

Geh. Justizrath Schmidt hält den Anwaltszwang bei der „weiteren Beschwerde“ für erforderlich, weil der Gerichtshof in Berlin dadurch vor der Ueberfüllung mit unbrauchbaren Beschwerden geschützt würde; außerdem entspreche die Vorlage den Interessen der Parteien, indem diese ihrem Recht oft dadurch schaden, daß sie sich nicht an einen Rechtsverständigen wenden und formell schlechte Beschwerden bei Gericht einreichen.

Abg. Thilo sieht in dem Vorschlage der Commission keinen Anwaltszwang, indem diese die Einlegung der „weiteren Beschwerde“ auch durch Erklärung zu Protokoll eines Gerichtsdreibers gestattet.

Abg. v. d. Goltz spricht sich für den Antrag Windthorst aus, indem häufig die von den Rechtsanwälten eingereichten Schriftsätze die unbrauchbarsten sind, besonders in Verwaltungsstreitsachen; außerdem liege ein Grund, das Publikum in der von der Commission vorgeschlagenen Weise zu belästigen, nicht vor. Es müsse dem Einzelnen das Urtheil darüber überlassen werden, ob er fähig ist, eine formell richtige Beschwerde einzureichen.

Abg. Lasker erklärt sich für die „weitere Beschwerde“, ist aber der Ansicht, daß die von Windthorst angeführten Bestimmungen zur Ergänzung notwendig seien; durch die Aufhebung des Anwaltszwanges würde das Publikum und Gericht gleich geschädigt; es gäbe überhaupt keine größere Schädigung des Publikums als die Freiheit, sich selbst in einer Sache zu verfahren. Dazu komme, daß eine Verletzung der Interessen durch das Gericht in dem schriftlichen Verfahren der „weiteren Beschwerde“ wegfallen würde.

Daß ein Rechtsanwalt in Rechtsfällen einen schlechteren Schriftsatz verfertige, als ein Rechtskundiger, kann wohl ein einzelner, dem einmal ein solcher Schriftsatz geliefert worden, glauben, sei aber im Allgemeinen nicht anzunehmen.

Abg. Windthorst (Meppen) giebt zu, daß sein Antrag zwar gegen den Vortheil der Rechtsanwälte und gegen die Bequemlichkeit der Richter sei, sieht aber in dem Anwaltszwang eine Einschränkung der Selbstbestimmung der Person, welche nicht ohne zwingende Gründe eingeführt werden müsse. Es stehe Jedem frei, einen Anwalt zu nehmen, aber aufzotroirt dürfe dies Niemandem werden, besonders dann nicht, wenn es sich um möglicherweise sehr bedeutende Kosten handle.

Referent Abg. Löwenstein führt aus, daß die Commission im Interesse der Beschwerdeführer geglaubt hat, das wichtige Rechtsmittel der „weiteren Beschwerde“ an eine bestimmte Form binden zu müssen.

Abg. Witte beantragt die Aufnahme eines neuen Paragraphen nachstehenden Inhalts: „Will im Falle der „weiteren Beschwerde“ ein Civilsenat des Oberlandesgerichts Berlin in einer Rechtsfrage von einer früheren Entscheidung eines anderen Civilsenates oder der vereinigten Civilsenate abweichen, so hat derselbe die Verhandlung und Entscheidung der Sache vor die vereinigten Civilsenate zu verweisen, um den Uebelständen, welche die Widersprüche in den Entscheidungen desselben Gerichts hervorbringen müssen, zu steuern.“

Sämmtliche Anträge werden hierauf abgelehnt und die §§ 43—48 nach den Vorschlägen der Commission angenommen.

Bei den §§ 51 und 52, welche die Amtsstellen der Staatsanwaltschaft behandeln, beantragt Abg. Meyer (Arnswalde) Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Derselbe wollte den ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten den Titel Generalstaatsanwalt, denen bei den Landgerichten den Titel Oberstaatsanwalt beilegen. Dagegen schlägt die Commission sub 1 den Titel Oberstaatsanwalt, sub 2 Erster Staatsanwalt und für die übrigen Staatsanwaltschaftsbeamten den Titel Staatsanwalt vor. — Der Antrag Meyer wird abgelehnt und die Paragraphen in der Commissionfassung angenommen.

Bei dem von der Commission eingeschobenen § 53a: „Beamte der Staatsanwaltschaft, welche im Interesse des Dienstes durch königliche Verfügung einseitig in den Ruhestand versetzt werden, sind auf ihr Verlangen in einem ihrem Dienstalter entsprechenden Richteramt anzustellen. Dieselben sind verpflichtet zur Annahme eines solchen Richteramts innerhalb desjenigen Oberlandesgerichtsbezirks, in welchem sie zuletzt beschäftigt waren“, beantragt Abg. Drescher Streichung der gesperrt gedruckten Worte und Einschaltung folgender Worte vor dem

Worte „anzustellen“: „gemäß der für die Anstellung der Richter geltenden Bestimmungen“.

Der Antrag wird abgelehnt und § 53a unverändert genehmigt.

Justizminister Leonhardt: Vor einigen Tagen habe ich erklärt, daß ein definitiver Beschluß wegen Schließung des Landtages nicht gefast sei. Später sind mehrere Paragraphen des eben zur Verathung stehenden Gesetzes zurückgestellt worden, um zu erfahren, wie die Beschlußfassung der Staatsregierung ausgefallen sei. Dadurch setze ich mich veranlaßt, folgendes zu erklären: Die Regierung hatte die Absicht, den Landtag zu vertagen, sobald die Verhandlung dieses Gesetzes erledigt sei. Dafür war entscheidend, daß es den Verhältnissen nicht angemessen war, in den beiden Häusern des Landtages und im Reichstage zu gleicher Zeit zu tagen. Es kam hinzu, daß nach den eingezogenen Erkundigungen anzunehmen war, daß eine Geneigtheit der Justizcommission des Herrenhauses mit Rücksicht auf diesen Gegenstand nicht vorliegen möchte. Ich habe erklärt, daß es ihm nicht sei, das vorliegende Gesetz in dieser Session zum Abschluß zu bringen und Sie haben mich durch den Mund des Herrn Präsidenten ersucht, in dieser Richtung das Staatsministerium weiter zu betragen. Das Staatsministerium hat Sitzung gehalten und beschlossen, mit den Mitgliedern des Herrenhauses, speciell der Justizcommission in Conferenzen zu treten. Diese Conferenzen haben heute Morgen stattgefunden und aus denselben haben wir nun, wofür ich dem Herrenhause nicht genug dankbar sein kann, die Ueberzeugung gewonnen, daß an der Meinung und dem Willen des Herrenhauses und seiner Commission nicht zu zweifeln sein wird, und daß das Herrenhaus Alles thun wird, um zu erreichen, was den Wünschen der Regierung und des Hauses entspricht. Bei dieser Sachlage wird die Staatsregierung zur Zeit einen Schluß der Sitzung nicht eintreten lassen in der Hoffnung, daß es möglich sein werde, die Verabschiedung des zur Verathung stehenden Gesetzes zu erreichen.

Um 1½ Uhr vertagt das Haus die weitere Debatte bis Donnerstag, 10 Uhr. (Auf der Tagesordnung steht außerdem die Kreisverfassung für Lauenburg.)

#### 16. Sitzung des Herrenhauses vom 6. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische Camphausen, Leonhardt und mehrere Commissarien.  
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung der Landgerichte und Oberlandesgerichte.

Der Berichterstatter Dr. Weseler beantragt, dem vorgenannten Gesetzentwurf in der von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Für diesen Antrag macht der Referent geltend, daß die Staatsregierung der Fassung des Abgeordnetenhauses zustimme, daß das andere Haus in vielen Fragen in entgegenkommender Weise den Wünschen des Herrenhauses Rechnung getragen und durch die von ihm beschlossenen Änderungen kein Princip verletzt habe, so daß man, um das wichtige Gesetz zu Stande zu bringen, wohl zu denselben seine Zustimmung geben könne, wenn man auch zugestehen müsse, daß der Aufnahm von Krieg und der Verwerfung von Minderen erhebliche Bedenken entgegenstehen.

Reg.-Commissar Geh. Rath Windfleisch empfiehlt den Antrag der Commission als den Wünschen der Staatsregierung entsprechend.

b. Winterfeld beantragt im § 2 Krieg zu streichen, das Landgericht Bries aufzulösen und die Kreise Bries, Oslau und Strehlen dem Landgerichte Breslau, vom Kreise Grottkau den nördlichen Theil dem Landgerichte Neisse zuzulegen. Der Beschluß des anderen Hauses sei nicht sachgemäß und inconsequent; er verleihe die berechtigten Interessen der Kreise Strehlen, Oslau und Falkenberg, welche sich in Petitionen gegen diesen Beschluß wenden. Bries würde ein Ruheposten für ältere Richter sein, da sie dort nicht genügend beschäftigt werden können.

Geh. Rath Windfleisch weist darauf hin, daß man bei der Bildung der Amtsgerichtsbezirke den nördlichen Theil des Kreises Falkenberg, welchen das Abgeordnetenhaus jetzt inconsequenter Weise vom Landgerichte Bries abgetrennt habe, demselben wieder zulegen könne.

b. Mirbach tritt für den Antrag Winterfeld ein, da die Abtheilung über Krieg im Abgeordnetenhaus nicht correct gewesen sei; die Abtrennung des nördlichen Theiles des Kreises Falkenberg vom Landgerichtsbezirke Bries sei erst beschlossen worden, nachdem das Landgericht in Bries mit zweifelhafter Majorität angenommen worden sei. Es ist nicht gewis, ob sich dieselbe Majorität gefunden haben würde, wenn man gewußt hätte, daß das kleine Landgericht noch verkleinert werden würde. Dieser eine Punkt würde im anderen Hause höchstens eine halbe Stunde in Anspruch nehmen und das Abgeordnetenhaus könne sich nur freuen, wenn das Herrenhaus ihm Gelegenheit gebe, seinen incorrecten Beschluß zu rectificiren. Das Herrenhaus habe auch keine Veranlassung, Connivenz gegen das andere Haus zu üben, da es dem Herrenhause Indolenz und Mangel an Pflichtgefühl vorgeworfen habe. Das Herrenhaus behandle die Vorlagen objectiv und vergebende seine Zeit nicht mit geistigen persönlichen Bemerkungen, wie das im anderen Hause häufig geschehe.

Der Präsident bedeutet dem Redner, daß es in diesem Hause nicht Brauch sei, die Verhandlungen des anderen Hauses einer Kritik zu unterziehen.

b. Mirbach entgegnet, daß er nur eine unberechtigte Kritik des anderen Hauses über das Herrenhaus habe zurückweisen wollen.

Der Antrag Winterfeld wird abgelehnt, der Antrag Bräuning, statt Bielefeld zu setzen Minden, wird auf den ausdrücklichen Wunsch Leonhardt's zurückgezogen und darauf nach dem Antrage v. Senft-Pilschak's die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses en bloc angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission für Agrar-Angelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Maßregeln gegen die Verbreitung der Reblaus.

Referent Schumann beantragt: 1) dem vorgelegten Gesetzentwurf in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung seine Zustimmung zu ertheilen; 2) die Staatsregierung aufzufordern: Die Einrichtung einer Zwangsversicherung auf Gegenseitigkeit unter den Besitzern von Rebculturen beizubehalten, falls das Schädens in Folge Vernichtung der durch die Reblaus ergriffenen tranken Reben in Erwägung zu nehmen und beabsichtigen, falls die gesetzliche Regelung vorzubereiten.

§ 6 bestimmt: „Die durch die Vernichtung der Rebculturen und Desinfection des Bodens entstehenden Kosten fallen dem Staate zur Last. Derjenige, dessen Rebculturen von den im § 1 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, vom Staate den Ersatz des Verthebs der auf obrigkeitliche Anordnung vernichteten und des Winderwerths der bei der Untersuchung beschädigten gesunden Reben zu verlangen. Der Anspruch auf Entschädigung geht verloren, wenn der Eigentümer oder Auszubereitete der im § 5 ihm auferlegten Verpflichtung wissentlich oder aus einem vertretbaren Versehen nicht nachgekommen ist. Ueber den Anspruch auf Entschädigung und deren Höhe ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage muß bei Verlust des Klagerechts binnen 180 Tagen nach Empfang der über die Entschädigungsforderung definitiv sich aussprechenden Verfügung des Ministers bei dem zuständigen Gericht angebracht werden.“

Hierzu beantragt von Simpson-Georgenburg Absatz 1 folgende Fassung zu geben: Die durch die Schutzmaßregeln (Desinfection des Bodens etc.) entstehenden Kosten werden von den Rebculturenbesitzern nach Maßgabe ihres Rebculturenbesitzes innerhalb der Provinz aufgebracht und zwar durch gegenseitige Zwangsversicherung seitens der Rebculturenbesitzer nach einem vom Ministerio der landwirthschaftlichen Angelegenheiten und des Innern zu erlassenden Reglement. Absatz 2. Derjenige, dessen Rebculturen von den im § 1 bezeichneten Maßregeln betroffen werden, ist befugt, den Ersatz des durch die Untersuchung oder durch die Schutzmaßregeln ihm erwachenden Schadens vom Verbands der Rebculturenbesitzer der Provinz zu verlangen.

Der Antragsteller ist der Meinung, daß der Schaden durch die Reblaus entweder zu enorm groß ist, und dann sei der Ersatz für den Staat zu kostspielig, oder zu geringfügig, dann wäre der Ersatz nicht erforderlich.

Graf Brühl sieht in der Vorlage eine Art Expropriationsgesetz, bei welchem der Staat für die Schädigung der Privatinteressen, welche er im

öffentlichen Interesse erzwingt, Ersatz leisten müsse. Der Staat gewähre nothleidenden Provinzen Unterstützung, also müsse er auch Geldmittel aufwenden, um dieser Eventualität vorzubeugen.

b. Behr-Schmidtow glaubt nicht, daß bei der enormen Fruchtbarkeit der Reblaus und ihrer Verbreitung durch die Luft dieses ungeheuer kostspielige Gesetz, namentlich wenn es nur für Preußen gegeben wird, seinen Zweck, die Vertilgung der Heerlinge der Reblaus, erreichen werde.

b. Rath ist Rheinländer, aber weber Producent noch Consumant von Rheinwein. (Heiterkeit.) Troßdem bittet er, die Vorlage anzunehmen, da bei der drohenden Calamität des Reblaus der Landwirtschaftsminister gezeigt habe, daß man mit sofortigen energischen Präventivmaßregeln solcher Calamität vorbeugen könne.

Der Regierungs-Commissar bezeichnet als den Zweck des Gesetzes, dessen Annahme er empfiehlt, dem Minister die Vollmacht zu geben, über Calamität mit allen Mitteln vorzubeugen. Ob der Zweck erreicht werde, lasse sich nicht mit Sicherheit absehen; jedenfalls müsse man aber seine Schuldigkeit thun. Der Antrag Simpson würde, wenn er angenommen wird, das so nöthige Gesetz für dieses Jahr unmöglich machen.

Der Antrag Simpson wird darauf abgelehnt und die Commission's-Anträge angenommen.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Bischöfliche Commissarien; Unterbringung von verwaisten Kindern; Petitionen.)

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 1. Sitzung vom 6. Februar.

Um 3¼ Uhr eröffnet Präsident v. Forckenbeck auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung die Versammlung, die sofort den Eindruck der Beschlußfähigkeit macht im Gegensatz zu der kleinen Gruppe von etwa 45 Mitgliedern, welche im weißen Saale dem Eröffnungsact beizuwohnte. Freilich fehlten noch viele süddeutsche, namentlich die bairischen Abgeordneten und aus den Reichsländern sind nur die Autonomisten anwesend. Nachdem der Präsident die Abgg. Bernards, Gysoldt, Graf v. Kleist und Weigel zu provisorischen Schriftführern berufen und die Namen der seit Schluß der letzten Session neu gewählten Mitglieder hat verlesen lassen — es sind die Abgg. Zimmermann, Hofencleber, Albrecht, v. Puttkamer, Graf Schönborn, Clauswitz, v. Forcade de Biaix — theilt er den Eingang folgender Vorlagen mit: der Reichsanwaltsordnung, der Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer, des Gesetzentwurfs, betreffend den Spielartenstempel, des Gesetzentwurfs, betreffend eine Anleihe zu Zwecken der Post-, der Telegraphenverwaltung, der Marine, des Reichsbeeres und der Durchführung der Münzreform, endlich des Reichshaushalts-Gesetzes mit sämtlichen Anlagen. Die Aufzählung dieses Arbeitsstoffes macht auf das Haus einen sichtlich guten Eindruck, die Klage über zu frühzeitige Einberufung und Mangel an Beschäftigung wird diesmal nicht erhoben werden.

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 216 Mitgliedern, schon 199 (von 397) würden zur Beschlußfähigkeit genügen. Die Verlesung in die Abtheilungen wird nach der heutigen, ihre Constatierung nach der nächsten Sitzung stattfinden, die auf Donnerstag 2 Uhr zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer angesetzt wird. Die heutige, der am Rische des Bundesrathes Präsident Hofmann und Staatssecretär v. Bülow beizuwohnen, wird um 4 Uhr geschlossen.

Berlin, 6. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Notar, Justizrath von Wonschaw zu Bonn den Rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Schullehrer und Rector Bremer zu Osterwald im Landkreise Hannover, dem Förster Wendel zu Schmöleer Adgen, Herrschaft Hessestein im Kreise Plön, dem Obergärtner Otilie Friedbus zu Queblinburg, dem Polizei-Wachmeister Salesele zu Hannover, dem Polizei-Wachmeister a. D. Starnitzky zu Schöna, dem Gemeindevorsteher Kleinwachter zu Alt-Reichenau im Kreise Bollenhain, dem Erbholzfiskusbesitzer Linke zu Groß-Lissen im Kreise Fraustadt, dem früheren Gemeindevorsteher Hohde zu Burg bei Reideburg im Saalkreise, dem Bauernmeister Bogelew zu Wenterode, Amts Münden, dem pensionirten Kreisgerichts-Rath und Gencutor Barthol zu Straßburg im Kreise Preußlau und dem Provinzial-Strassenaufseher Rabisch zu Neufurth im Kreise Neus das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Berlin, 6. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag 11 Uhr, wie alljährlich, die Vorstellung der in diesem Frühjahr in die Armee eintretenden Cadetten, in Gegenwart des General-Inspecteurs des Militär-Erziehungs- und Bildungs-Wesens, Generals der Cavallerie Baron von Rheinbaben, des General-Adjutanten, General-Majors von Albedyl, und der directen Vorgesetzten, entgegen und empfingen hierauf den wieder genesenen General-Lieutenant von Pape, Commandeur der 1. Garde-Infanterie-Division, sowie den zum Gouverneur von Straßburg i. E. ernannten General-Lieutenant von Schlopp, bisherigen Commandeur der 31. Division. Auf einen kurzen Vortrag des General-Adjutanten von Albedyl folgte demnach der des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowsky. Außerdem gewährten Se. Majestät dem Staats-Minister Dr. Friedenthal und dem Prinzen Heinrich zu Waldeck und Pyrmont Audienz.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte heute die Lebensmittel-Ausstellung des Berliner Hausfrauen-Vereins und das Augusta-Hospital.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag militärische Meldungen entgegen und begab sich gegen 12 Uhr nach der Matthäikirche, um dort der feierlichen Einsegnung der Leiche des verstorbenen Ersten Präsidenten des Ober-Tribunals, Staatsministers von Uden, beizuwohnen.

[Ihre Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinzessin] begab sich gestern Vormittag um 10 Uhr nach Potsdam und traf um 2½ Uhr von dort wieder hier ein. Abends besuchten die höchsten Herrschaften die französische Vorstellung im Schauspielhause. (N. Anz.)

© Berlin, 6. Februar. [Die Verlängerung der Landtags-Session. — Eisenbahn-Unfälle im December 1877. — Neue Eisenbahn. — Verkehrs- und Reclamations-Bureau.] Die Frage in Betreff des Sessionsschlusses hat heute eine Lösung im Sinne des Fortganges bis zum erhofften Abschluß des Ausführungsgesetzes erhalten. Der Ministerrath, welcher gestern im Abgeordnetenhaus abgehalten wurde, war zu dem Beschluß gekommen, sich zu versichern, in wie weit im Herrenhaus Bereitwilligkeit vorhanden, die Verhandlungen seiner Justiz-Commission möglichst rasch zu fördern, denn hier lag der Zweifel, um deswillen namentlich der Justizminister auf das Zustandekommen des Ausführungsgesetzes verzichten zu müssen glaubte. Nachdem heute die Gewißheit erlangt war, daß es an dem guten Willen des Herrenhauses und seiner Justizcommission nicht fehlen werde, kam der Ministerrath auf seine frühere, in der vorigen Nummer der „Provinzial-Corresp.“ ausgesprochene Absicht zurück. Es bedurfte vor Mittheilung dieses Beschlusses an das Abgeordnetenhaus der Zustimmung des Kaisers, welche brevi manu durch den Minister Friedenthal eingepolt wurde. So konnte denn heut die betreffende Mittheilung im Abgeordnetenhaus gemacht werden. Die heutige „Prov.-Corr.“, welche eine Stunde vor dem Abschluß der Anlegenheit ausgegeben wurde, konnte in ihrem Artikel nur die Absicht der versöhnlichen, des Wünschen des Abgeordnetenhauses entgegen-



kommenden Lösung ankündigen. — Nach der im Reichs-Eisenbahn-Amt ausgestellten Nachweisung über die im December 1877 auf deutschen Eisenbahnen (mit Auschluss Baierns) vorgekommenen Unfälle waren im Ganzen zu verzeichnen 36 Entgleisungen und 14 Zusammenstöße fahrender Züge und zwar wurden hiervon 17 Züge mit Personen befördert und 36 Güterzüge und leer fahrende Maschinen betroffen. Ferner sind vorgekommen 32 Entgleisungen und 29 Zusammenstöße beim Rangiren, außerdem 64 sonstige Betriebs-Unregelmäßigkeiten. In Folge dieser Unfälle wurden 16 Personen (nämlich 5 Passagiere und 11 Beamte) verletzt, 22 Thiere getödtet und 2 verletzt und 29 Fahrzeuge erheblich, 232 un erheblich beschädigt. Durch eigene Unvorsichtigkeit der Betreffenden hervorgerufen, kamen 44 Tödtungen vor (nämlich von 2 Passagieren, 17 Beamten, 6 Arbeitern und 19 fremden Personen). Aus demselben Grunde 82 Verletzungen (dabei von 51 Beamten) und bei beschädigtem Selbstmorde 10 Tödtungen und 1 Verletzung. Auf Staatsbahnen und unter Staatsverwaltung stehende Bahnen entfielen bei 353,860,095 beförderten Kilo-Metern 97 Unfälle, darunter die größte Anzahl auf die Oberösterreichische Eisenbahn mit 25, demnächst auf die Bergisch-Märkische mit 15. Größere Privatbahnen mit 227,608,051 Kilo-Meter erlitten 44 Unfälle, darunter die größte Anzahl die Rechte-Oberrhein-Bahn, nämlich 6, und die Rheinische ebenfalls mit 6. Von den überhaupt beförderten 12,748,334 Reisenden wurden von je 6,374,167 Einer getödtet und von je 2,124,721 beförderten Reisenden Einer verletzt. — Am heutigen Tage wird die Eisenbahn zwischen Mülhausen im Elsaß und Mülhausen in Baden eröffnet und von heute ab für Postbeförderungen aller Art benutzt werden. — Der Handelsminister hat Ende v. Mts. der Handelskammer zu Kassel auf Anfrage eröffnet, daß die künftige Eisenbahn-Verwaltungen angewiesen sind, darauf zu achten, daß die von ihnen eingerichteten Verkehrs- und Reclamationsbureaus sich in genauer und laufender Kenntniß der Tarife erhalten und alle bezüglichen Anfragen schnelligst beantworten. Die Vorstände der Privatbahnen sind aufgefordert worden, diesem Gegenstande dieselbe Aufmerksamkeit zuzuwenden.

**Hamburg, 3. Febr.** [Zur Gerichtsorganisation.] Zwischen Oldenburg und Lübeck sind Unterhandlungen im Gange, daß das Fürstenthum Lübeck (Cutin) dem Landgerichte in Lübeck angeschlossen werde. Der Bevölkerung des Fürstenthums dürfte mit einem solchen Arrangement auch ein bester Nutzen sein, da die Verkehrsinteressen sich wesentlich nach Lübeck hinziehen und die früher geplante Einrichtung eines eigenen Landgerichts in Cutin sich als zu kostspielig herausstellte.

**Essen, 4. Februar.** [Niederlage der Christlich-Socialen.] Die immerhin bedeutende Bewegung, welche sich innerhalb der Vergarbeiter-Bewegung beider benachbarten Provinzen zum Zwecke des vereinigten Streikens für eine materiell bessere Lage kundgab, hat vorgestern und gestern zu Essen in drei einander folgenden Versammlungen fürs erste dahin geführt, daß die christlich-socialen und die socialdemokratischen Arbeiter sich, trotz der Mahnungen des ultramontanen Führers, Caplan Lauf, auf Grund eines Statuts, aus dem schließlich die Religion gestrichen wurde, vereinigen unter dem Namen „Verband der rheinisch-westfälischen Vergarbeiter.“ Allerdings ist der Beitritt zu diesem Verbands noch ein verhältnismäßig sehr geringer.

**Dresden, 5. Febr.** [Die Vertagung des Landtages] ist nunmehr bestimmt auf den 16. Februar festgesetzt. Doch fallen, um den Landtagsabgeordneten, die gleichzeitig Mitglieder des Reichstages sind, Gelegenheit zu bieten, der Eröffnung und Constatirung des Reichstages beizuwohnen, am 6. und 7. Februar hier die Landtags-Sitzungen aus.

**München, 3. Febr.** [Verlängerung der Landtags-Session.] Soweit sich jetzt übersehen läßt, wird eine weitere Verlängerung der Landtagsession über den 10. hinaus notwendig werden, aber der Termin bis zum 15. d. M. auch genügen. Unter andern Verhältnissen, schreibt man der „R. Z.“, würden die dem Reichstag angehörigen Landtagsmitglieder beider Parteien gewiß dem Reich gegeben haben, was das Reich ist, aber die Wichtigkeit der bei uns noch spielenden Fragen ist zu groß, als daß man es dem einzelnen Abgeordneten zumuthen könnte, auf seine Mitwirkung zu ihrer Lösung hier zu verzichten. Innerhalb des Finanzgebietes ist z. B. zu entscheiden, ob das Deficit für die laufende Budgetperiode, wie der Regierungsvorschlag wollte, durch eine Erhöhung der directen Steuern und Erhöhung der Tar- und Stempelgebühren einschließlich des Malzschlags für die Pils zu decken ist, oder, wie die Sache jetzt praktisch liegt, zwischen der Erhöhung der directen Steuern und den erhöhten Tar- und Stempelgebühren die Wahl zu treffen ist. Zu den Verteidigern eines dritten Weges, durch eine Anleihe den Ausgleich herbeizuführen, ist jetzt auch der Abgeordnete Schels genommen, der erhöhte bzw. neu einzuführende Erbschaftsteuern vorschlägt und bis zu deren Ergiebigkeit mit einer Credit-Operation auszuweichen will.

### Schweiz.

**Bern, 2. Febr.** [Zur Gotthardbahn.] Internationale Konferenz zur Anbahnung eines gemeinsamen Eisenbahntransportrechts. Auf den 9. d. M., schreibt man der „R. Z.“, ist wieder eine Konferenz von Delegirten des Gotthardbahn-Finanzconfortiums und der Gotthardbahn-Direction einberufen, in welcher, wie man mit Sicherheit hofft, die Vereinbarung über die Abnahme der IV. Serie Gotthardbahn-Obligations im Betrage von 20 Millionen Franken endgültig zum Abschluss gelangen soll. Dieses Mal wird die Konferenz in Berlin stattfinden. Anlässlich sei noch mitgeteilt, daß die Direction der Schweizerischen Centralbahn ihrem heute verammelten Verwaltungsrathe den Antrag auf Gewährung der ihr von der Reparations-Commission am 17. v. M. noch zugetheilten 750,000 Fr. Nachsubvention für das Gotthardbahn-Unternehmen unter der Bedingung, daß der Bund den Vorfuß dazu leistet, stellen wird. Wie man versichert, wird ein Gleiches bei der Schweizerischen Nordostbahn geschehen. — Der Bundesrath wird die Einladungen zu der auf den 13. Mai einberufenen internationalen Konferenz, welche ein gemeinsames Eisenbahntransportrecht anbahnen soll, unverzüglich denjenigen Staatsregierungen zugehen lassen, die unter Wahrung ihrer freien Entscheidung bezüglich der aufzustellenden Grundsätze den von schweizerischer Seite ausgearbeiteten Gesetzentwurf als Grundlage der Berathung schon angenommen haben.

### Italien.

**Rom, 30. Jan.** [Aus dem Vatican.] Ein dunkles Geheimniß, schreibt man der „R. Z.“ liegt über dem Vatican. Nichter ist nie der Vorhang vor dem Allerheiligsten gewesen, in dem die Geschichte der Kirche berathen werden, und ein profanes Auge gewahrt weiter nichts, als die Umrisse der beiden englischen Cardinäle — Howard und Manning — die über den Zukunft-Giern sitzen und brüten. Das stereotype verschmielte Lächeln, das dieser Tage wieder in die Mienen des heiligen Vaters zurückgekehrt ist, kann leicht eine Maske sein, hinter der sich schwerwiegende Pläne verbergen. Ein häßliches Symptom ist jedenfalls das Einpacken der wichtigen Papiere der Staatskanzlei. In dieser, nämlich durch Mgr. Gajz mit Hilfe Mercuriell's, des Secretärs der Breven, ist auch, nebenbei gesagt, die Agitation betrieben worden, die dem Papste das Breve an das Mailänder Caplanblatt abgerungen hat. Was die Mailänder „Persveranza“ über das Ziel sagt, auf das jenes Breve gemünzt gewesen sei — gegen Padre Curci nämlich — ist eitel Spiegelscherelei und wird schon durch die Veröffentlichung jenes Document im hiesigen

„Osservatore Romano“ widerlegt. Der erzbischöfliche Stuhl zu Mailand mag dergleichen austreten, um den moralischen Schlag einigermaßen abzumildern. Ganz unglaublich aber ist es, in welchem Maß an der Curie gegen jenen Prälaten wie gegen seinen Turiner Amtsruder agitiert wird. Der Staatssecretär hat es seinerseits als einen starken Schlag empfunden, daß keine einzige Macht auf seinen Protest gegen Rußland geantwortet hat. Man will jetzt den polnischen Bischöfen größere Befugnisse geben, um ihre Provinzen verwalten zu können, ohne durch häufige Recurse nach Rom ihrer Regierung verdächtig zu werden. König Humbert muß dem Papst wirklich seine Thronbesteigung angezeigt haben. Wenigstens hat eine Cardinalsberathung eben über diesen Punkt stattgefunden. Dem heiligen Vater ist aufgegeben worden, das Schreiben ohne Antwort zu lassen. Heute bei dem klaren Wetter steht es mit dem Befinden des h. Vaters wieder etwas besser. Die Leiden des Vaters sind in der Abnahme, aber das Bett muß er noch fortwährend halten.

**Rom, 31. Jan.** [Cialdini.] — Zum Frieden mit der Türkei. — Aussicht auf eine Grenzberichtigung. — Die Allianz zwischen Italien und Deutschland. General Cialdini, Herzog von Gaeta, welcher den Höfen in Berlin, Brüssel und Karlsruhe die Thronbesteigung König Humberts anzuzeigen beauftragt ist, wird, so schreibt man der „R. Z.“, auf dieser Mission von zwei Ordonanz-Offizieren, den Obersten Sarenzi und San Giorgio, begleitet sein. Er ist gestern nach Paris abgereist, um gleichfalls dem Präsidenten der Republik Frankreich die Thronbesteigung zu melden. Cialdini soll auch vorgestern dem Ministerrathe beigewohnt haben, in welchem angeblich berathen wurde, welche Haltung Italien auf dem bevorstehenden Congresse der Mächte zu beobachten und welche Bedingungen es zu stellen habe, um dem Frieden zwischen Rußland und der Türkei seine Zustimmung geben zu können. Man glaubt in ministeriellen und in diplomatischen Kreisen, daß noch andere Territorial-Veränderungen, als die von Rußland verlangten stattfinden würden, namentlich, daß Oesterreich einige türkische Provinzen erhalten werde. Sollte sich dies bestätigen, so würde (aber nur in diesem Falle) die italienische Regierung eine Rectification an der Tiroler Grenze, das Trentino, beanspruchen. Mehrere Blätter deuten dem Ministerium an, die sich bietende günstige Gelegenheit zu dieser Grenzberichtigung nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, in der Hoffnung, daß die deutsche Reichsregierung zur Vermittelung dieser Angelegenheit ihre guten Dienste nicht versagen werde. Die „Libertà“ des Marquis Alfieri veröffentlicht, wahrscheinlich zur Förderung dieses Zweckes, eine Correspondenz aus Berlin, die dato 25. Januar, in welcher rühmend erwähnt ist, daß die Politik der Deutschen Reichsregierung seit dem Friedensschlusse mit Frankreich stets darauf gerichtet gewesen sei, den europäischen Frieden zu erhalten, eine Politik, welche durchaus mit den Interessen Italiens im Einklange stehe. Diese Politik des Friedens habe die beiden Regentenhäuser Deutschlands und Italiens einander noch näher gebracht und geeinigt, ebenso wie die Bevölkerungen beider Länder. Diese Freundschaft könne lange Zeit aufrecht erhalten bleiben, zum unschätzbaren Vortheile beider Nationen und sogar zum großen Vortheile für ganz Europa. Von den Gefühlen Deutschlands für Italien habe man erst kürzlich einen Beweis erhalten, welchem das italienische Volk eine große und wohlverdiente Bedeutung belege, es habe begriffen, daß der Besuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mehr als eine bloße Höflichkeit gewesen sei und habe in der liebevollen Demonstration desselben, die dem Herzen des tapferen und wackeren Erben der Deutschen Krone zur großen Ehre gereiche, nicht nur einen Act der Stille, sondern auch einen Beweis der Freundschaft für die italienische Nation erkannt. Die „Libertà“ erwähnt dies, um daran die Versicherung zu knüpfen, daß ihr die intimen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien überaus wohlgefallen und daß die Bemühungen derjenigen, welche zu wiederholten Malen versucht hätten, Zwietracht zwischen beiden Nationen zu säen, ihren Zweck verfehlt haben. Das Organ des genannten, patriotisch gefinnenen Senators, der bekanntlich mit einer Nichte Cavour's vermählt ist, bringt bei dieser Gelegenheit in Erinnerung, daß einer der größten dem Lande erwiesenen Dienste des Mannes, der vor dem 18. März 1876 die auswärtige Politik Italiens leitete (Visconti-Venosta), derjenige gewesen sei, die Allianz mit Deutschland zu befestigen. Am Vorabend des europäischen Congresses sei es besonders angenehm, die Identität der Interessen Deutschlands und Italiens zu constatiren, weil man überzeugt sei, daß diese Identität erprießliche Folgen haben werde.

[Garibaldi und das Trentino.] Die „N. A. Z.“ schreibt: Dem alten Helden Garibaldi, welcher Italien durchaus um den Besitz von Trient und Triest bereichern möchte, wird von der „Stalie“ in Form einer Polemik gegen den „Constitutionnel“ der Text gelesen. Derartige Ideen, die nach den bestehenden Gesetzen man Garibaldi auszusprechen nicht verwehren könne, vermöchten nur diesen ganz allein zu engagiren. Die italienische Regierung habe nicht die geringste Veranlassung, dem „Constitutionnel“ zu Liebe eine Verantwortlichkeit von sich abzulehnen, die Niemand in Rom wie in Wien ihr aufzubürden gedenke. Wo solle man hinkommen, wenn die Regierung für Ideen, die irgend Jemand an den Tag lege, verantwortlich sein müßte. „Die österreichisch-ungarische Regierung“, fährt die „Stalie“ fort, „weiß übrigens, woran sie sich in Bezug auf die italienische Politik zu halten hat. Unsere Regierung fühlt, was sie den befreundeten Mächten schuldet; sie schlägt die guten Beziehungen, die zwischen Rom und Wien bestehen, sehr hoch an und ist entschlossen, dieselben zu erhalten, indem sie Alles vermeidet, was dieselben trüben oder ihre Loyalität verdächtigen könnte. Sie — und ganz Italien mit ihr — hat mit Dank die Herlichkeit wahrgenommen, womit der Hof und die Regierung von Wien an unserer nationalen Trauer Theil genommen haben und alle unsere Bemühungen werden nachzuweisen suchen, daß die alten Gegner aufrichtige Freunde geworden sind.“

[Das Requiem im Pantheon.] — Vom Hofe. Das „Amtsblatt“ veröffentlicht heute das königliche Decret, welches die Wiederzusammenberufung des Parlaments auf den 20. Februar festsetzt. Das Ministerium hat noch nicht darüber berathen, wen es an Crispi's Stelle als ersten Präsidenten des Abgeordnetenhauses setzen will. Die nichtministeriellen Blätter behaupten daher wiederholt, daß die innere Lage eine ungewisse sei. Die Räte der Krone haben zur Vorbereitung eines solennen Trauergottesdienstes, der zu Ehren Victor Emanuel's in dem Pantheon am 9. Februar stattfinden soll, die nöthigen Befehle ertheilt. Das Hochamt wird der Beichtvater des hochseligen Königs, Don Anzino, celebriren. Hundertstimmig Sänger der Musikkapelle Sta. Lucia und Silarmonica werden die Messe von Cherubini aufzuführen. Der König und die Königin, die Königin von Portugal nebst ihrem Sohne und die Prinzen des Hauses Savoyen beabsichtigen der Feier beizuwohnen. Die Königin von Portugal wird zu dem Zwecke ihren Aufenthalt verlängern und erst Mitte Februar in Begleitung des Herzogs von Genua nach Lissabon zurückkehren; die drei Majestäten werden in den nächsten Tagen wahrscheinlich einen Ausflug nach Turin machen, um der dort krank darniederliegenden Herzogin von Genua einen Besuch abzustatten. Prinz Amadeo, Herzog von Aosta, wird nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt das hiesige General-Commando übernehmen, und ist an Stelle seines Bruders zum ersten Präsidenten des italienischen Comites für die Pariser Weltausstellung ernannt worden.

[Crispi und Bismarck.] Da die französische „Agentur Havas“ wiederholt der großen „Bedeutung“ Erwähnung thut, welcher der in München erschienenen Flugschrift: „Fürst Bismarck und Crispi“ in politischen Kreisen beigemessen werde, so hat die officiöse „Stalie“ es für rathsam gefunden, an geeigneter Stelle Erfindung einzulegen, und hat erfahren, daß der Inhalt der Unterredung, welche der deutsche Reichsfanzler mit dem italienischen Kammerpräsidenten gepflogen, ein ganz anderer gewesen ist, als jenes Nachwerk besagt, daß Se. Durchlaucht durchaus nichts von einer Wiedereroberung Savoyens und Nizza's, nichts von der Verzichtleistung auf Trient und Triest erwähnt habe, daß somit die Schrift auch nicht die Bedeutung habe, zu welcher die „Agentur Havas“ dieselbe aufbauschen möchte.

[Die Regierung und der Vatican.] Das „Diritto“ beleuchtet die immer wieder auf's Neue sich kundgebende Zweideutigkeit und Doppelzüngigkeit des päpstlichen Stuhles, welcher durch das bekannte Breve deutlich gezeigt habe, daß er durch das Mailänder Jesuitenblatt besser vertreten werde, als durch den Erzbischof und dessen patriotisch gesinnten Clerus. Die „Riforma“ erblickt in allen diesen Dingen mit Recht den zunehmenden Verfall des Papstthums, zu dem es durch das „Fatum“ getrieben werde, und bemerkt, die italienische Regierung habe keine Ursache, diesem „Fatum“ entgegenzuarbeiten. Sie wolle sich auch durch „Vergleiche“ nicht herabwürdigen, sich aber ebensowenig Gewaltthatigkeiten gegen die Curie zu Schulden kommen lassen. Das Hauptorgan des Vatican's antwortet auf alle diese Anklagen mit dem gewohnten banalen Phrasen und schreibt, die Rathschläge, denen der heilige Stuhl folge und denen gemäß er seine Haltung einrichte, würden durch Principien und Maximen bestimmt, die so allgemein bekannt und so evident seien, daß über dieselben kein Zweifel obwalte, darum sei es auch unnütz, darüber zu streiten.

[Prozeß Antonelli.] Die Frage wegen Zulassung des Zeugenbeweises ist in der ersten Instanz zu Ungunsten der Tochter des Cardinals Antonelli entschieden worden. Die Verkündung der Sentenz erfolgt wahrscheinlich Montag.

[Der Erfinder des Telephon.] In der Turiner „Gazetta del Popolo“ sucht ein Prof. Farinet den Beweis zu führen, daß sein verstorbener Freund, der Geometer und Mechaniker Manzetti, der Erfinder des Telephon sei. Das Pariser „Petit-Journal“ habe unter dem 22. November 1865 unter der Rubrik: „Curiositäten der Wissenschaft“ veröffentlicht, daß Signor Manzetti aus Aosta die Entdeckung gemacht habe, wie man mittelst des Telegraphen den Ton und die menschliche Stimme weiter verbreiten könne und zwar mittelst eines Apparats, der einfacher sei, als der, welcher zur Beförderung telegraphischer Depeschen angewandt werde. Dieser Erfindung Manzetti's hätten Erwähnung geist: das „Diritto“ unter dem 10. Juli 1865, — „L'Eco d'Italia di Nuova-York“ unter dem 19. August 1865 die „Stalie“ unter dem 10. dess. Monats 1865, „Le Verita di Novara“ unter dem 4. Januar 1866, der in Genua erscheinende „Comercio d'Italia“ unter dem 1. December 1866, „la Feuille d'Aoste“ in verschiedenen Nummern desselben Jahres. Professor Farinet hat es daher für seine Pflicht gehalten, die Ehre dieser wichtigen Erfindung für einen der Söhne Italiens in Anspruch zu nehmen. Unglücklicherweise sei Manzetti ein armer Mann gewesen, dem Niemand geholfen habe, von seiner Erfindung Nutzen zu ziehen. In Amerika würde er schnell ein berühmter Mann geworden sein, in Italien sei er fast unbekannt und arm gestorben.

**Rom, 2. Febr.** [Aus dem Vatican.] schreibt man der „R. Z.“: Wie das Regiment im Vatican augenblicklich steht, mag ein immerhin bezeichnender Zug andeuten. Der Hecaplan des „Osservatore Cattolico“ von Mailand war, nachdem ihm der dortige Erzbischof die officiellen Rüge gegeben, nach Rom gekommen, um bei der Curie Hilfe zu suchen. Der erste, den er aufsuchte, war der Staatskanzler Simeoni, und dieser wusch ihm gründlich den Kopf: „Wie er sich habe unterstellen können, den todten König so zu schmäheln!“ Aber Vater Dreglio, von der Gesellschaft Jesu, ist Bruder des gleichnamigen Cardinals und hat als Mitredacteur der „Giornale Cattolica“ wöchentlich ein Mal Zutritt beim Papst. Und die beiden Dreglia wissen es so gut zu machen, daß noch am Abend desselben Tages der brave Hecaplan mit dem päpstlichen Belobigungsschreiben in der Tasche nach Mailand zurückkehrt.

### Frankreich.

\* **Paris, 4. Febr.** [Ueber den Streit wegen Behandlung des Budgets.] schreibt man der „R. Z.“: Als am Sonnabend der Abgeordnete Brisson der Kammer mit Erfolg den Vorschlag machte, den Rest der Budgetdebatte einstweilen liegen zu lassen und erst sämmtliche Wahlprüfungen abzuwarten, steckte hinter dieser kleinen Abänderung der Geschäftsordnung eine Art von Mistrustvotum gegen den Senat. Die Constitutionellen hatten am 13. December verprochen, im Senat für gewisse Gesetze zu stimmen, welche als Bürgschaften gegen eine Wiederholung des 16. Mai dienen sollen, nämlich 1) das Gesetz über die Amnestie, welches im Abgeordnetenhaus bereits angenommen worden ist, 2) das Gesetz über die Freiheit des Colportiers und 3) das über den Belagerungs-Zustand, welche beiden letztern erst noch verhandelt werden sollen. Der Senat hat sich nun vorige Woche in etwas auffälliger Weise bis zum 7. Februar verlagert, und man hört, daß die Constitutionellen alle Anstrengungen machen, um in dieser Zeit mehr Einigkeit zu gewinnen, und insbesondere, um die Orleanisten dazu zu veranlassen, daß sie das Amnestiegesetz zum Scheitern bringen. Den mistrustischen Deputirten wäre es demnach ganz lieb, sich gegen etwaige Quersprünge der Constitutionellen dadurch zu sichern, daß sie das Budget noch in der Hand behalten, und dieser Hintergedanke giebt dem Brisson'schen Vorschlag seine Bedeutung. Der Regierung wäre es aber natürlich sehr unangenehm, wenn sie aus solchen Gründen nicht zu einem regelmäßigen Budget gelangt; sie fürchtet die Verschleppung des Haushaltsgesetzes mehr als die Möglichkeit, daß der Senat gegen die Amnestie stimme; sie hat sich also mit den Führern der Linken in Verbindung gesetzt und der Beschluß von Sonnabend soll umgestoßen werden. — Der Waffenstillstand ist nun da und die Konferenz gilt für gesichert. Man ist hier etwas beruhigt, aber nicht beruhigt, weil über die Absichten und Forderungen, mit denen Rußland vor die Conferenz tritt, ein ähnliches Dunkel gebreitet ist, wie das, welches die Bedingungen des Waffenstillstandes so lange bedeckte. Die Sympathien der Leute würden sich am angenehmsten beruhen, wenn England und Oesterreich gemeinsam zu thätkräftigem Widerstand gegen Rußlands Intriguen voringen, aber die politische Berechnung sagt ihnen, daß damit die Gefahr einer großen europäischen Verwicklung gegeben wäre, die auch an Frankreich nicht ohne Erschütterung vorübergehen würde. Und da man gewillt ist, jeder für Frankreich gefährlichen Lage auszuweichen, behält schließlich der Wunsch, daß alles ruhig verlaufen möge, immer die Oberhand. — Das „Univers“ verkündet mit Geräusch den Sieg, welchen die intransigente römische Politik gegenüber Victor Emanuel nachträglich im Vatican davongetragen hat. Es bringt das Breve des Papstes an den „Osservatore Cattolico“ und verurtheilt die „sogenannten“ katholischen Organe, welche für den verstorbenen König etwas anderes, als bloßen Tadel gehabt haben. Die persönliche Milde Pius IX. schließe die Fortdauer des absoluten Krieges gegen den modernen Staat nicht aus.

[Drohende Krisis.] In Versailles herrschte heute große Aufregung, ja, wenn man den dort verbreiteten Gerüchten Glauben schenken darf, so stände Frankreich an dem Vorabend einer neuen Krisis. Das Elzé, wo der päpstliche Nuntius wieder großen Einfluß hat, ließ sich aufheizen, und am letzten Sonnabend weigerte sich der Marschall Mac-



Mahon, drei Decrete zu unterzeichnen, welche Abfegungen enthielten. Die Führer der Mehrheit, davon unterrichtet, beschloßen hierauf, die Beratung des Budgets einstweilen ruhen zu lassen, sich mit den Wahlen zu beschäftigen und dann Ende dieses Monats ein neues Zwölftel des Ginnahme-Budgets zu bewilligen. Dieser Beschluß der Kammer hatte zur Folge, daß der Marschall in dem Ministerrath, der heute Morgen im Glosse stattfand, erklärte, er wünsche, daß das Budget sofort bewilligt werde; dabei zeigte er wieder die bekannte ablehnende Laune und drohte mit seinem Rücktritt, falls die Kammer sich seinen Wünschen nicht füge. Die Minister versprachen, Schritte zu thun, damit die Kammer dem Wunsche willfahre und das Budget sofort bewillige. Sie eilten nach Versailles, wo man bereits wußte, daß die Rechte, welche gestern eine Versammlung abgehalten, den Marschall bestimmt hatte, den Republikanern die Zähne zu zeigen, auch hatte man außerdem erfahren, daß die Budgetberatung nur deshalb vertagt worden war, weil die Führer der Mehrheit der Deputirtenkammer die Sicherheit erhalten hatten, es sei eine neue Art von 16. Mai im Anzuge. Nach ihrer Ankunft in Versailles versammelten sich die Minister in einem der Bureau's und traten nach einer halbstündigen Vorbesprechung mit den Führern der Mehrheit in Beratung. Diese entgegneten, sie wählten bestimmt, daß Broglie und Genouss einen neuen 16. Mai vorbereiteten; sie wollten jedoch ihre Zustimmung ertheilen, daß die Kammer heute das Budget des Justiz-Ministeriums beende, dann aber die Wahlprüfungen wieder aufnehmen und das Weitere dem nächsten Donnerstag überlasse. Und so geschah es; man beriet zuerst über das Justiz-Ministerium und ging dann zu den Wahlprüfungen über. Um 5½ Uhr aber erklärte der Präsident Grévy plötzlich, er sei genöthigt, die Verhandlungen auf morgen zu vertagen, da der Vorstand von dem Präsidenten der Republik eine Einladung erhalten habe. Man glaubte, daß der Marschall den Vorstand vor sich befohlen habe, um ihm seine letzten Beschlüsse kund zu geben. In Versailles und in Paris verbreiteten sich in Folge dessen die aufregendsten Gerüchte. Später wurde verbreitet, es handle sich nur um eine Einladung des Vorstandes zu einem — Diner im Glosse.

## Spanien.

Madrid, 29. Jan. [Zu den Vermählungsfeierlichkeiten des Königs] schreibt man der „R. B.“: Die zweite Corrida real de toros, welche am Nachmittag des 26. stattfand, hat die Madrider wieder mit ihren Schreihähnen versöhnt. Alles schien dazu beitragen zu wollen, das nationale Fest so glänzend wie nur denkbar zu gestalten. Es war ein wahrer Frühlingstag, blau der Himmel und warm die Strahlen der Sonne, als sich die Menge gleich einem mächtigen Strome durch die Carretera de Aragon nach der Arena hin Bahn brach. Diese prangte wieder im bunten Fahnenmischmud und war in einem Nu in allen ihren Theilen dicht besetzt. Um 12 Uhr erschien der Hof, dessen Antritt bei solch außerordentlichen Gelegenheiten das Zeichen zum Beginn des Schauspiels bildet. Während am Tage vorher die Grandeza die ängstlichen Caballeros en Plaza unter ihren Schutz genommen, so hatte jetzt der löbliche Provinziallandtag der Provinz Madrid und der Gemeinderath der Hauptstadt dieses Ehrenamt übernommen. Und die Caballeros mußten sich wohl über Nacht darüber klar geworden sein, daß es im 19ten Jahrhundert mit dem Schutze eines Granden von Spanien weit weniger auf sich hat, als mit dem eines Bürgermeisters oder eines Stadtvorsetzers, denn sie fühlten sich viel sicherer, zeigten sogar Muth. Fünf Stadtsoldaten zu Pferde in der malerischen Tracht aus der Zeit des zweiten Philipp eröffneten den Zug, der sich langsam durch eine der königlichen Loge gegenüberliegenden Thor in die Arena bewegte. Ihnen folgten gleichfalls zu Pferde die städtischen Pausenflügel, Hornisten und vier Wappenhörde in ihren aus violettem Sammt gefertigten, mit Seide und Gold gestickten Feierkleidern. Ein prächtiger Wagen, von 4 Pferden gezogen, die braune und weiße Federbüsche trugen, barg den ersten Caballero, Herrn José de la Guardia, den der Präsident des Provinzial-Landtages, Graf de la Romera, geleitete. Zwei reich gestattete und gekäumte Reitpferde wurden hinter diesem Wagen von Reitknechten am Zügel geführt und ein halb Dutzend Pagen trugen die zur Verwendung kommenden kurzen Lanzen. Dem zweiten Wagen gingen vier Stadtritter (Maceros) des Gemeinderaths voran. Die Pferde hatten reich und weiße Federbüsche und waren im übrigen mit demselben Zurs als die des ersten gekäumt. In diesem Wagen saßen der Caballero Federico Gonzalez Nebento und der Gemeinderath Marquis de San Miguel das Benas. Es folgten ein Reitpferd, zwei Pagen und sechs Stadtsoldaten. Der dritte Wagen, ebenfalls von vier Pferden gezogen, enthielt den Caballero Eugenio de Larroca und seinen Beschützer, den Gemeinderath Quiroga. Ein sechs städtische Wappenhörde in purpurnem Sammt gingen vor demselben, ein Reitpferd am Zaume geführt und 4 Pagen hinterher. Diesem ersten Reihle des Zuges folgten die Cuadrillas, bestehend aus 17 Espadas, 27 Picadores und 48 Banderillos in ihren bunten, glänzenden Trachten, die Maulthiere, welche todte Pferde und Stiere aus der Arena schleifen und die verhängigten Monos Sabios, denen die entsehlche Aufgabe zu Theil wird, die schon halb todtten Pferde immer wieder gegen den Stier vorzutreiben, bis dieser sie endlich durch einen glücklichen Hornstoß durch die Brust von ihren Leiden erlöst. Nachdem sich Alle vor dem König verneigt und jeder seinen Platz eingenommen hatte, ertönte das Signal zum Beginn des Lotos, und der erste Stier betrat die Arena. Die Caballeros Larroca und Quiroga bespitzten denselben sehr geschickt mit neun Lanzen in Hals und Schultern, und der so Gemarterte starb unter dem Beifall der Menge von der Hand des Matadors Francisco Sanchez. Die nun folgenden neun Stiere erliefen ein gleich trauriges Schicksal. Die Toreros leisteten das Unglaubliche, das Publikum war in einer großen Begeisterung, von der sich sogar Don Erito, der lustige Kritiker des „Imparcial“, hinreißen ließ, indem er am Schlusse seines gewissenhaften Berichtes schreibt: „Heerliche Corrida! Die Caballeros haben ihren alten Ruf bewahrt, die Stiere waren tapfer, willig und von guter Race; gut war Frascullo, gut Carrito, gut Pastor, gut sogar Gonzalo Mora. Während des Kampfes sind zwanzig Pferde todt in der Arena geblieben.“ Glücklicherweise ist kein Menschenleben zu beklagen gewesen. Der Caballero Laguardia wurde leicht verletzt und hüfte ein Bein ein, und einem Stadtsoldaten erging es ähnlich. Beide sind indessen schon wieder hergestellt und guter Dinge. Fünf Köpfe der geblühten Stiere werden auf Befehl des Königs von einem hiesigen Specialarzte in Lunkenrecht ausgestopft und unter die außerordentlichen Vorkäster zum Andenken an ihren Aufenthalt auf der Halbinsel während der Hochzeit Don Alfonsos des Zwölften im Jahre 1878 bestellt. Von der Plaza de Toros begab sich der Hof und seine Gäste, sowie ein zahlreiches Publikum nach dem Theater bei Principe Alfonso, woselbst ein großes Instrumentalconcert stattfand. Da in Spanien bekanntlich die Welt auf dem Kopfe steht, so wird es Niemand wundern, daß in seinem eigenen Lande nur der Spanier Propheet ist. Viele Künstler von anerkanntem Rufe, welche in den letzten Monaten in der königlichen Oper debutirten und nach einmaligem Auftreten der Hauptstadt den Rücken drehten, wissen davon ein Lied zu singen. Selbstverständlich befanden sich daher unter den neun Nummern des Programms acht von spanischen Componisten und nur eine von Beethoven. Die meisten Zeitungen hielten es aber trotzdem noch für nöthig, besonders darauf hinzuweisen, daß die Variationen aus der großen Sonate (Op. 17) für Piano und Violone von einem Spanier für den Zweck ganz besonders bearbeitet worden seien! In der sicheren Erwartung, daß diese nationale Musik fremden Ohren alzu spanisch klingen möge, haben sich viele ausländische Freunde der Musik von dem Concert ferngehalten. Unter ihnen befand sich Ihr Reichthümer, dem damit die immerhin etwas peinliche Aufgabe erpart in ein wahres Delirium verfiel. Am Abend desselben Tages machte der Hof zur Verherrlichung der Illumination eine Rundfahrt durch die Stadt. Der 27. d. M. sah endlich die aus den Provinzen beordneten Gruppen von Einwohnern in ihren Nationaltrachten im Hofe des königlichen Schlosses versammelt, wo sie vor den Augen des Königs, der außerordentlichen Gäste, den ansässigen diplomatischen Corps und vieler Gäste ihre heiligen Lieder vortragen oder ihre eigenthümlichen Tänze aufführen durften. Es war nämlich nicht möglich gewesen, auf dem Prado zwei Tage zuvor diesen Theil des Festprogramms vollständig durchzuführen. Die Regierung hatte dabei die Rechnung ohne den Wirth gemacht, d. h. ohne unter „Rechtliches Publikum“ (publico culto) nennt sich dasselbe beiseiten selbst, was in die Zelte drang, die Gruppen mit Gewalt zum Singen und Tanzen zwingen wollte und schließlich seinem Begehren mit Stöckschlägen und Steinen der König die diesjährige Kunstausstellung, welche viel bedeutender in jeder Beziehung als diejenige des verflorenen Jahres ist und eine längere Besprechung erheischt, als es der Rahmen dieses Berichtes gestattet. Des

Abends fand im königlichen Schlosse ein Diner zu Ehren der außerordentlichen Vorkäster statt, welchem überdies das diplomatische Corps. Die Minister, die Generalität, die Kirchenfürsten, das Gefolge des Königs Francisco de Asis und dasjenige des Herzogs von Montpensier anwohnten. Nach Aufhebung der Tafel, 9½ Uhr, begann der von sämtlichen Musikcorps der Garaison ins Werk gesetzte große Zapfenstreich. Derselbe ging vom Palaste aus, passirte die Hauptstraßen der Stadt und endete erst um 3 Uhr Morgens. Gestern endlich wurde unter Zuziehung von Militär und Polizei auf dem Prado die Ordnung so weit wieder hergestellt, daß die Gruppen aus den Provinzen endlich vor ihren bezüglichen Zelten singen und tanzen konnten. Eine der letzten Personen, welche den Prado verließen, war der Ministerpräsident Canovas del Castillo, der sich ganz besonders an den Liebern aus seiner engeren Heimath, den bekannten „Mala-queñas“, erfreute. Der König Francisco de Asis und die Königin Christine sind nach Frankreich zurückgekehrt, der Herzog von Montpensier und Familie haben sich für einige Tage nach dem Escorial begeben und auch die fremden Vorkäster sind bereits in Abschiedsaudienz empfangen worden. Unser Stadtrath ließ sich aber darum nicht abhalten, gestern noch ein drittes Stiergefecht in Scene zu setzen, worin 13 Stiere geopfert wurden. Das Wetrennen ist bis zum 31. d. M. vertagt worden, weil ein großer Sturm unter den errichteten Tribünen vielen Schaden angerichtet hat. Der König und die Königin begaben sich unterdessen gestern Nachmittag nach dem Jagdschlosse El Pardo. Ich will diesen Bericht nicht schließen, ohne dem Ministerpräsidenten Canovas del Castillo und dem Staatssecretair Herrn Steban Collantes meinen Dank auszusprechen für die außerordentliche Freundlichkeit und Rücksicht, mit welcher sie unter so schwierigen Verhältnissen den Wünschen der Vertreter der ausländischen Presse entgegengekommen sind.

Valencia, 1. Febr. [Das gestern in Madrid abgehaltene Wettrennen] war von einem so kalten Wetter begleitet, daß die Menge der Zuschauer schon nach Verlauf einer Stunde überdüssig ward. Es fanden im Ganzen, schreibt man der „R. Bg.“, sieben Rennen statt, wobei ein Dutzend Preise zur Vertheilung kam. Der König und die Königin waren von dem Prado nach Madrid gekommen. Für den Senat, den Congress und das diplomatische Corps hatte man besondere Tribünen errichtet. Es sollen von jetzt an regelmäßige Wettrennen stattfinden; der König hat das Protectorat über die Gesellschaft übernommen, die sich zu diesem Zwecke gebildet hat.

## Amerika.

Washington, 1. Febr. [Das Dampfschiff „Metropolit.“ — See-Unfälle.] Dem „Kreuzer“ Bureau“ wird von hier gemeldet: Das Dampfschiff „Metropolit“, welches mit 250 Ingenieuren, Arbeitern und Material für den Bau der Madeira- und Marmona-Eisenbahn in Brasilien auf der Reise von Philadelphia nach Panama begriffen war, scheiterte gestern während eines Sturmes in der Bucht von Carribou, Nord-Carolina, und ist, wie man glaubt, ein totales Wrack geworden. Bis jetzt sind 50 Personen gerettet worden, aber man fürchtet, daß die übrigen an Bord befindlichen Personen ihr Leben verloren haben. — Ein später eingetroffenes Telegramm meldet: Weitere Berichte über den Schiffsbruch des „Metropolit“ melden, daß der Dampfer am Mittwoch Abend 12 Uhr und trotz aller Anstrengungen, ihn am Sinken zu verhindern, am Donnerstag in Stücke ging. Wie verlautet, sollen 150 Personen umgekommen sein. Es cursiren Gerüchte, daß der Dampfer nicht feststehend war. — Ein furchtlicher Sturm, begleitet von Schneegestöber, wüthete in gestriger Nacht auf dem Lande wie an der Meeresküste und verursachte eine große Menge von Schiffsunfällen.

## Provinzial-Beitung.

—d. Breslau, 5. Febr. [Bezirksverein der Nicolai-Vorstadt.] Die am 4. d. M. im Saale der Köppler'schen Brauerei abgehaltene Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Kaufmann und Stadtvorwörter Ulrich, mit der Mittheilung über die Constatuirung des Vorstandes: Kaufmann Ulrich Vorsitzender, Maurermeister und Stadtvorwörter Simon Stellvertreter, Denkschriftant R. O. Schiffsührer, Brauereibesitzer Köppler Stellvertreter, Assistent Rosemann Kassirer und Kaufmann W. Schlesinger Stellvertreter. — Nach einem Vortrage des Herrn Dr. O. Buch über „Milk“ mit Demonstrationen wurde der Kassenbericht pro 1877 erstattet. Bei einer Mitgliederzahl von 142 betrug die Einnahme 646 M. 73 Pf., die Ausgabe 405 M. 92 Pf., so daß ein Bestand von 240 M. 81 Pf. verbleibt. Dem Kassirer, Herrn Rosemann, wird Decharge ertheilt. — Beschlossen wird die Abhaltung eines geselligen Abends. Die Bestimmung des Tages wird dem Vorstände überlassen. — Ein Fragesteller wünscht zu wissen, ob es wahr sei, daß Magistral an seine Beamten, welche täglich 6 Stunden arbeiten, für Ueberstunden 36,000 M. zu bezahlen hat. Der Vorsitzende will, da Niemand Auskunft geben kann, Erundigungen hierüber einziehen. — Eine andere Frage, warum die Hausbesitzer gezwungen werden, bei Anlage von Haus-Wasserleitungen einen Hochwasser-Verschluß anbringen zu lassen, giebt zu längerer Debatte Veranlassung. Architekt Höhnlich theilt mit, daß eine obligatorische Verpflichtung hierzu nicht mehr vorliege. Herr Schlesinger hält es für eine große Ungerechtigkeit und Härte, daß Magistral pro einem halben Jahre eine Verordnung erlassen hat, welche den Hausbesitzer zu Kosten veranlaßt und die nun auf einmal als zwecklos wieder aufgehoben worden ist. Redner beantragt, den Magistral um Rückerstattung der Kosten an die betreffenden Hausbesitzer zu ersuchen. Dieser Antrag wird abgelehnt. Dagegen soll Magistral um Auskunft darüber ersucht werden, aus welchem Grunde die diesbezügliche Verordnung insinüalig geworden ist. — Bezüglich einer Beschwerde über die Umwandlung des Ausganges der Posenerstraße und Kurien Gasse auf der Viehweide in einen Dängeplatz versprechen die Herren Wähler und Vogt Abhilfe durch die Magistrat-Deputation. — In der nächsten Versammlung wird Fabrikbesitzer Alldörfer über die von ihm fabricirten Patent-Holz-Cement-Röhren Vortrag halten.

—d. Breslau, 6. Februar. [Breslauer Bienenzüchter-Verein.] Die Reihe der diesjährigen Vorträge eröffnete Hauptlehrer Darr mit einem Vortrage über die Hauptflügel oder Hymenopteren, zu denen unsere Honigbiene gehört. Redner beschrieb zunächst in ausführlicher und anregender Weise die zahlreichen Hummel- und Wespenarten, ihr Entstehen, ihre Lebensweise, ihre Ueberwinterung u. s. w. Besonders interessant waren die Mittheilungen über das künstliche Anlegen und Bauen der sehr verschiedenartig geformten Brutnester, von denen mehrere, sowie auch Zeichnungen derselben und Präparate vorgezeigt wurden. Der Landwirthschaft sind diese unbedeutenden Thiere durch das Vertheilen von Raupen u. s. w. von großem Nutzen. Der Redner, welchem von den Anwesenden lebhafter Beifall gezollt wurde, versprach eine spätere Fortsetzung dieses interessanten Themas. — Die vor dem Vortrage stattgefundene Honigverkostung hatte bei zahlreicher Theilnahme des Publikums einen sehr günstigen Verlauf, so daß der Nachfrage desselben kaum genügt werden konnte, trotzdem ansehnliche Vorräthe von Honig zur Auction bereit gestellt waren. Im April wird der Verein eine zweite Auction veranstalten, um dem Publikum abermals Gelegenheit zu geben, für sein Geld reine, unverfälschte Waare zu erhalten.

A. F. Breslau, 6. Febr. [Handwerker-Verein.] Den angekündigten Vortrag über Göthe's „Egmont“ leitete Herr Dr. Breitprecher mit einer Parallele zwischen den Dramen Schiller's und Göthe's ein. Mit der Verlesung des H. Hahn'schen Lebensbildes: „In Vorzimmer St. Excellenz“ lieferte der Redner noch eine angenehm unterhaltende Beigabe zu seinem Vortrage, worauf die Versammlung nach einer kurzen Fragenbeantwortung geschlossen wurde.

—d. Breslau, 7. Febr. [Concert Nilsson.] Wie uns mitgetheilt wird, ist die Nachfrage nach Billets zu dem Concert von Frau Nilsson auch hier eine recht lebhaft. Es ist dies sehr erfreulich, da Breslau dann mit Recht zu den wenigen Städten ausgewählt ist, in denen die Künstlerin in Deutschland im Concert aufzutreten gewillt ist; es sind dies nur: Stuttgart, Dresden, München, Leipzig, Breslau. In Hamburg und Berlin tritt die gezeichnete Sängerin in der Oper auf.

—ch. Lauban, 5. Febr. [Communes.] — Gewerbeverein. — Selbstmord.] Aus der Berathung des Rammerei-Stats sei mitgetheilt, daß derselbe in Einnahme an Zinsen von Hypotheken und Werthpapieren 2611 Mark 3 Pf., als Ertrag des Steinbohrwerks, des Rittergutes Geibsdorf, der Pachtländereien und Ertrag der Brandstellen 17,165 M. 52 Pf., als Ertrag des Forstes 70,630 M., an Erbpachtgefallen 40 M. 85 Pf., als Ertrag der Gebäude 16,201 M., als Ertrag des Communalhofs 1230 M., an Ertrag der industriellen Anlagen, als Gasanstalt, Steinbruch und Wasserleitung 58,690 M., an Communalsteuern 53,450 M., an verschiedenen dauernden Einnahmen u. s. w., zusammen 226,900 M. aufweist, welcher eine Ausgabe in gleicher Höhe gegenüber steht. — Der hiesige Gewerbeverein, welcher unter Leitung des Herrn Kaufmann Meißner eine höchst rege Thätigkeit entwickelt, feierte vor Kurzem das 40. Stiftungsfest. Gestern Abend fand im neuen Vereinsjahre die erste Sitzung statt. In derselben nahm der Leiter des Vereins Gelegenheit, einen kurzen Rückblick auf den durchlebten Zeitraum, während welchem sich der Verein zu solcher Blüthe

entwickelte, zu thun. Ein Mitglied, das zu den damaligen Stiftern des Vereins gehörte und das sich um den Verein ganz besondere Verdienste erworben hat, Herr Kreisgerichtsrath Sieber, der sich noch heute seltener körperlichen und geistigen Frische erfreut. Der Vorstand hatte in seiner letzten Sitzung beschloßen, Herrn Kreisgerichtsrath Sieber zum Feiern des 40. Stiftungsfestes zum Ehrenmitgliede zu ernennen. Das Ehren-Diplom wurde dem verehrten Mitgliede überreicht. Herr Kreisgerichtsrath Sieber dankte mit bewegten Worten. — Vorigen Sonnabend erfolgte sich in der Nähe der alten Kirchenruine der 17 Jahre alte Fabrikarbeiter Hübner.

—d. Kreuzburg, 3. Febr. [Zur Tageschronik.] Der zweiten der f. g. Beibehaltungsvorträge hielt Herr Professor Paulus Casel aus Berlin. Sein Thema bildete die Lohengrin-Sage. Freilich wäre im Vergleich zu solchen Worten, so begann schwingend der Redner, eine rauschende Oubertüre oder ein goldenes Saiten entlocktes Adagio oder ein vollendetes Lied eine bessere Einführung in den Tempel der wunderlichen Sage von Lohengrin; doch keine solche Einführung stehe ihm zu Gebote und so gebe ihm einzig der Gehalt der Sage die Hoffnung, auch ohne jene Mittel die Hörer für dieselbe zu gewinnen. — Erst seit Wagner sei diese Sage ins Volk gedrungen, dies und vor allem die Nothwendigkeit einer Reaction der Wissenschaft gegen Wagners gewaltthätiges Vorgehen, der den idealen Gehalt der Sage aufgehoben, ihn entstellt und fleischlich gemacht habe, endlich die Großartigkeit der mittelalterlichen Sage, als des Ausdrucks des allgemeinen Denkens und Fühlens der damaligen Menschheit, und im besonderen der Lohengrin-Sage habe ihn veranlaßt, seit Jahren das Publikum auf diesem Felde richtig zu leiten. — Die Quellen der Sage seien ein um 1300 verfaßtes Gedicht, aus dem Wagner den Text für seine Oper genommen habe, der Anfang des Parbival und eine Fülle von Märchen, welche der Niederherrn und Belgien aufweisen. — Der Erzählung der Sage von Lohengrin folgte eine die Hörer immer stärker spannende Auslegung der Sage und ihres mittelalterlich-christlich-symbolischen Gehalts. — Die auf ihrem Schlosse gleich der Penelope des griechischen Alterthums von Feiern bedrängte Herzogin Elsa von Brabant bedeute die gereifte menschliche Unschuld; das Glöcklein, das sie zieht, und das oben auf Montsalvage gehört werde, sei die Stimme des zum Himmel aufsteigenden Gebets; Montsalvage ferner, der mons salivationis, der Berg des Heils, bedeute, um mit dem Psalmisten zu sprechen, „die Berge, von welchen mir Hilfe kommt“, der Schwan Johann im lichten Kleide die Milde des Himmels, das rettende Licht, die auferstehenden Freier die sittlichen oder nationalen Feinde, und Lohengrin, eigentlich Lohengrin, welches von olor abgeleitet, bedeute den Schwanenritter. — Doch der Kern der Sage sei ja noch gar nicht berührt; was bedeute es, wenn Elsa zum Trost der von dem Ritter gestellten Bedingung, daß er nur dann bei ihr bleiben könne, wenn sie ihn nicht frage, — zuletzt leiden muß, nachdem sie gefragt? — Und wie merkwürdig, daß Parbival, Lohengrins Vater, leiden muß, weil er einmal nicht gefragt habe? — Um diese Räthsel zu lösen, erklärte der Redner nach einer kurzen Entzifferung der Parbival-Sage, die Zuhörer auffordern zu müssen, ein Zwischenspiel anzuhören, das, wie das Zwischenspiel im „Hamlet“, auf die ganze Fabel ein Licht zu werfen geeignet sei. So gewann der Vortragende den Uebergang zu verwandten Sagen der indo-europäischen Völker, — zu Sagen, welche die Sagenvergleichung, die jüngere Schwester der Sprachvergleichung, uns biete. — Was sei aber Sage anders als die Sehnsucht und das Denken der Menschheit, deren Herzen in allen Jonen gleich schlagen, im namenlosen Schmerz, im Hochgefühl der Freude gleich empfinden? — Kein Wunder also, wenn in den indischen Märchen von den Götinnen Bidabara, Dulsia und Ganga das Fragen eine gleich entscheidende Rolle spiele! Zur Strafe für ein Unrecht, das sie, selbst Gottheiten, anderen Gottheiten zugefügt, mußten diese auf der Erde leben; die Erde war die Strafanstalt, in welche sie verwiesen wurden; — aber eine Frage an sie gefiel von Menschen erlöste sie von dem irdischen Leben, und sie kehrten in den Himmel zurück. Die Vorstellung also ist die, daß eine Sünde die andere wieder gut mache. — Auf ein Haar gleiche diesen Sagen das altindische Märchen von den sieben Schwanenjungfrauen, deren eine von einem Sterblichen ihres Schwanenkleides beraubt wird und nun nicht entfliehen kann wie ihre Schwestern. Sie muß bleiben bei dem sterblichen Manne; nach langen Jahren des Glücks zeigt der Verblendete dem Weibe das abgenommene Schwanenkleid wieder in dem Wahn, sie werde ja jetzt nicht mehr von ihm gehen! Aber o Täuschung, im Nu ist sie mit ihrem Gewande fort und läßt Dede und Krauer zurück! Und so auch das griechische Märchen von Amor und Psyche, die auch nicht sinnlich schauen darf den Geliebten und ihn verliert in dem Augenblick, wo sie es thut. — Aber alle diese sind untreue in ihre Lage gerathen, Parbival aber und Lohengrin kommen und handeln freiwillig, und Elsa weiß ja, woher ihr Ritter gekommen! — Was sei also nochmals der Sinn der Frage bei Parbival und Lohengrin? — Bei Parbival wird das Nichtfragen bestraft, weil er in der benutzten Situation durchaus nicht finlich, nicht unbefangen handelt und einer an sich berechtigten Anstandsregel im denkbar unpassendsten Augenblick gehorrend die Frage unterläßt; Elsa aber muß die Frage büssen, weil die Frage aus dem Zweifel kommt, und aller Zweifel die Liebesgemeinschaft löst. Somit hat die Sage zuletzt einen sittlich gerechtfertigten tragischen Ausgang, und ist Elsa das Gegenbild des Göthe'schen Gretchen, der nach dem Worte des Herrn vergeben wird, weil sie viel geliebt und keinem Zweifel Raum gegeben hat. — Das Volk habe schon Gottfried von Bouillon hundert und mehr Jahre vorher mit Lohengrin identificirt und ihn, den Freier der bedrängten Zion, bei der Eroberung Jerusalems als von Schwanen unterstützt dargestellt. Schließlich sei der von oben kommende Reiter kein anderer als der gewaltige Ritter von Beilehem, der gefandene Sohn des Königs aller Könige, und es wehe durch die Sage ein Geistesodem köstlicher und reiner denn alle Musik, die Wahrheit des Wortes: Die Liebe duldet alles. Die frei gesprochenen, mit den einfachen Mitteln der Rhetorik wirkende Rede, die noch dazu die vollste Ueberzeugung und Wärme athmete, — sie erntete den wohlverdienten Beifall des Publikums in einer allgemeinen Beifallsalve.

Berlin, 6. Febr. Die Haltung der Börse war heute eine durchaus feste und trat diese Tendenz besonders zu Anfang des Geschäftstages zweifellos in den Vordergrund. Im Allgemeinen blieben die geschäftlichen Transactionen aber unbedeutend, nur in einigen einheimischen Eisenbahnen gewann der Verkehr ein lebhafteres Gepräge und erweiterte Dimensionen. Der Inhalt der Chronik, welche heute um 2 Uhr zur Eröffnung des Deutschen Reichstages gehalten wird, war der Börse unbekannt geblieben, doch vermuthete man, derselbe werde wenn auch farblos, doch dem Gedanken der friedlichen Begleitung der Orientwirren Ausdruck geben. (Dieser Auffassung entsprach denn auch in der That der Text der Chronik, welche das Börseninteresse noch dadurch hatte in Anspruch nehmen können, als sie die Aufnahme einer neuen Anleihe in Aussicht stellt.) Von den internationalen Speculationspapieren erliefen Oesterreichische Creditactien in Folge überwiegender Angebots einen mäßigen Rückgang. Gegen Schluß der Börse schlug die Coursebewegung wieder steigende Richtung ein. Franzosen behaupteten sich gut. Lombarden waren dagegen ganz vernachlässigt. Die Oesterreichischen Nebenbahnen trugen eine feste Physiognomie, theilweise sich aber nur sehr wenig am Verkehr. Rudolphsbahn zog im Course an, Galizier gingen lebhafter zu ebenfalls höherer Notiz um. In den localen Speculations-Effecten fanden etwas regere Umsätze bei steigender Coursebewegung statt. Disconto-Commandit gingen mit einer Abnahme aus dem Verkehr hervor, auch sekten Laura-Actien ihre gestrige Courseerhöhung fort. Es notirten Disconto-Commandit ult. 119,75—20½ bis 19½, Laura-Actie ult. 78—77½—8½—8½. Festigkeit bei großer Stille war auch die Signatur der auswärtigen Staatsanleihen, die sämtlich kleinere Courseerhöhungen aufzuweisen haben. Russische Werthe behaupteten sich gut und blieben auch nicht ganz unbedeut. Sproc. Anleihe pr. ult. 95½ bis 85½—85½. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere erliefen sich großer Festigkeit, verhielten sich aber sehr still. Eisenbahn-Prioritäten recht fest und nicht unbedeut. Verjisch-Märkte 3½ proc. III. in großen Summen gefragt, auswärtige Devisen verhielten sich ruhiger. Auf dem Eisenbahn-Actienmarkt fand in den schweren Papieren ein recht angenehmes Geschäft statt, die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen zogen etwas an. Potsdamer waren bei steigendem Course sehr beliebt, auch Anhalter befestigten die Notiz. Oberschlesische und Freiburger gut behauptet. Leichte Actien zeigten sich zwar ruhiger, begegneten immerhin aber einiger Raufheit. Dispreussische Eisenbahn und Nebenbahn rege, Stamm-Prioritäten-Actien im Allgemeinen besser. Bantactien sehr ruhig. Preuß.-Höbencredit besser, Meiningen bei beilebtem Geschäft anziehend. Norddeutscher Credit zog nicht ganz unbedeutend an, Deutsche Bank höher, auch Coburger Bank etwas besser, Sauerbank, Hannoverische Bank sowie auch Industriepapiere blieben meist vernachlässigt. Große Pferdebahn besserte die Notiz, Omnibus höher, Landré Brauerei zog etwas an. Oberbayerische Eisenbahnbedarf weichen, Schwarzkopf Maschinenfabrik besser, Hartmann Maschinenfabrik nachgebend, Eggert Saline billiger erhältlich, Leopoldshall dem. Fabrik ebenfalls niedriger. Montanwerthe meist fest und beliebt. Donnerstagsmarkt lebte und steigend, Dortmunder, Bergelins und Bergisch-Märktische Verwerth höher.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 396,50, Lombarden 134,50, Franzosen 453,50, Reichsbank 156, Disconto-Commandit 120, Laura-Actie 78,25



dabon 9000 Ballen amerikanische, 1000 Ballen ostindische.  
Liverpool, 6. Febr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.)